

Antrag der Fraktion der FDP**Strategie „Europa 2020“ – Freien Wettbewerb und Marktwirtschaft stärken, Subsidiarität achten, Demokratie leben**

Die Europäische Kommission hat mit der Mitteilung „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ im März 2010 den Entwurf einer Anschlussstrategie zur Lissabon-Strategie vorgelegt. Die Kommission schlägt drei sich gegenseitig verstärkende Prioritäten vor: intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum und integratives Wachstum.

Die Kommission schlägt fünf messbare Leitziele vor, die bis 2020 erreicht werden sollen:

- 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren soll in Arbeit stehen;
- 3 % des Bruttoinlandproduktes der Europäischen Union sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden;
- bis zum Jahr 2020 muss der Gesamtenergieverbrauch der Europäischen Union durch Effizienzsteigerungen um 20 % verringert werden. Bis zu diesem Jahr müssen 20 % des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen. Der Kohlendioxidausstoß soll um 20 % verringert werden;
- der Anteil der Schulabbrecher sollte auf unter 10 % abgesenkt werden und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollte den Hochschulabschluss haben;
- die Zahl der armutsgefährdeten Personen sollte um 20 % sinken.

Die Leitziele sollen in nationale Ziele und Verlaufspläne umgesetzt werden. Die Kommission schlägt sieben Leitinitiativen vor, die für die Union und die Mitgliedstaaten bindend sein sollen. Sämtliche auf Ebene der Europäischen Union verfügbaren Instrumente sollen voll in den Dienst der Strategie gestellt werden. Ein System von Länderberichten mit der Möglichkeit von Sanktionen soll die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten sicherstellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt,

- dass die Europäische Union mit der Strategie „Europa 2020“ einen erneuten Versuch macht, die politischen Kräfte der Union auf gemeinsame Ziele auszurichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet jedoch,

- dass darauf geachtet wird, dass der freie Wettbewerb in einem marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen auch in der EU von morgen zur Geltung kommt, denn die Europäische Union schafft Wohlstand, wenn sie den Binnenmarkt weiterentwickelt.
- dass die Europäische Union sich auf grenzüberschreitende Politikbereiche konzentriert und beschränkt, in denen gemeinsames europäisches Handeln bessere Ergebnisse liefert (europäischer Mehrwert) und eine Ausweitung von Zuständigkeiten sowie bürokratische Auswüchse unterbleiben. Zu den Politikbereichen mit europäischem Mehrwert gehören etwa die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, transeuropäische Netze, Schutz der Außengrenzen, Forschung, Entwicklung von Zukunftstechnologien und grenzüberschreitende Bildung.

- dass die Verantwortung für Sozialpolitik in ausschließlich nationaler Verantwortung verbleibt, damit sie auch weiterhin nah am Menschen gemacht werden kann.
- dass über die Einführung von Klimaschutzmaßnahmen auf Grundlage ihrer Effizienz und nicht auf Grundlage ihres Symbolwertes entschieden wird.
- dass angesichts der bereits heute nicht mehr hinnehmbaren Höhe der Steuer- und Abgabenlast die Einführung von EU-Steuern unterbleibt. Statt neuer Steuern sind Sparsamkeit und Konzentration auf strategische Bereiche europäischer Politik geboten.
- dass eine Stärkung der Kompetenzen der europäischen Statistikbehörde und des Europäischen Rechnungshofes für die dauerhafte Stabilität der europäischen Währung unerlässlich ist.
- dass eine Entwicklung der Europäischen Währungsunion zu einer Transferunion ausgeschlossen bleiben muss.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass die Verantwortung für die Entscheidung über Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Ziele der Strategie „Europa 2020“ als geeignet angesehen werden, den Mitgliedstaaten bzw. den Regionen überlassen sein muss.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Europäische Kommission auf, sowohl das Europäische Parlament als auch die Regionen proaktiv in die Beratung und Gestaltung der Strategie „Europa 2020“ einzubeziehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat frühzeitig die Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ vorbereitet und die Beiträge der Freien Hansestadt Bremen aktiv in das nationale Programm einbringt.

Dr. Oliver Möllenstädt,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP